Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König-Johannstr. 15.
Schutz-Marke · Fabrik v. Contobüchern

J. G. Klingner
Waisenhausstr. 1
(Dippoldiswaldaer Platz)
Porzellan- und Thonwaarenhandlung.
Specialität: Steingut unter Bazarpreisen.

Oelfarben in Tuben für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trock. u. halb-feucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Gewähr für reine Naturweine.
Preislisten versende frei.

Wilh. Böhme, Tuchhandlung, Scheffelstrasse 6.
Grösstes Lager sämmtlicher Neuheiten der Frühjahrs-Saison in Paletôt-, Rock-, Hosen- und Anzug-Stoffen.

Nr. 66. Spiegel: Preußisches Volksschulgesetz, Welfenfonds, Hofnachrichten, Aus dem Landtag, Exportverein für das Königreich Sachsen, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Concert des Berliner Domchores, Concert im Neustädter Casino. | Sonntag, 6. März.

Politisches.

Der preußische Volksschulgesetzentwurf steht noch immer als zweifelhaftes Thema im Mittelpunkt der politischen Erörterungen. Der Kampf um die grundlegenden Bestimmungen der Vorlage, über welche zur Zeit in der Kommission berathen wird, tobt in ungeminderter Heftigkeit weiter. Tag aus Tag ein fliegen neue Kundgebungen von Freunden und Feinden vor und ein Petitionssturm ist entfesselt, der an die Zeiten des Kulturkampfes erinnert. Anhänger und Gegner der Vorlage rühren nach Kräften die Werbetrommel und suchen ihre Position durch neue Argumente zu verstärken. Gesündigt wird in der gegenseitigen Bekämpfung auf beiden Seiten; das erkennt man aus der Fülle der Schlagwörter, die man sich gegenseitig an die Köpfe wirft. In den liberalen Zeitungen kolportirt man mit Worten, wie „Reaktion, finsteres Mittelalter, Geisteskuechtschaft, Pfaffenherrschaft" u. dergl.; aus dem anderen Lager schallt es zurück: „Lärm um Nichts, Rummel, Radaumacher, Hetzer, gottlose Professorensippe" 2c. Die Bewegung ist zweifellos eine tiefgehende und nur ein einseitiger Parteistandpunkt könnte leugnen, daß die Agitation gegen die Vorlage, soweit wenigstens die freikonservativen und nationalliberalen Gegner in Frage kommen, eine künstliche, gemachte sei. Im Vordergrunde der Erwägungen unter den Gegnern steht die Befürchtung, daß das Centrum infolge des neuen Volksschulgesetzes zum herrschenden Faktor im Deutschen Reiche werden könne. Selbst eine konservative Zeitung, das konservative Wochenblatt, erklärt, es seien nicht Nebendinge, sondern ein Moment von schwerwiegender und selbstständiger Bedeutung, welches die Zustimmung der Konservativen im Lande beeinträchtige; sich überstürzende Zugeständnisse an das Centrum, eine Lage, in der das Centrum als Hauptträger der Regierungspolitik im Vordergrunde stehe, müßten in der konservativen Bevölkerung Beklemmung hervorrufen. „Eine solche Situation", schreibt das genannte Blatt, „läßt die traditionelle Stellung, welche das Haus Hohenzollern nicht blos gegenüber dem evangelischen Glauben in Deutschland, sondern gegenüber der evangelischen Sache in der ganzen Welt einnimmt, in einer Trübung und Verdunkelung erscheinen, umgiebt sie, wenigstens für das Empfinden des Volkes, mit bangen Fragezeichen; und dieser vertrauensvolle Aufblick zu dem König von Preußen als Schirmherrn des evangelischen Gedankens — bei aller Gerechtigkeit und allem Wohlwollen auch für seine katholischen Unterthanen — bildet doch ein Imponderabile, dem die Regierung in ihrer inneren und in ihrer äußeren Politik sorgfältigste Berücksichtigung zuwenden sollte, die Regierung, wie nicht minder die konservative Partei."

Man mag die zeitliche Opportunität der Schulvorlage bezweifeln, man mag gegen einzelne Bestimmungen Einwendungen und Bedenken haben: gut sind die Grundgedanken des Gesetzes und ihre Verwirklichung ist von Herzen zu wünschen. Denn die christlich-konfessionelle Volksschule, welche angestrebt wird, ist die Basis, um wieder einen christlichen Staat aufzubauen, um wieder ein christlich gesinntes Bürgerthum zu erziehen. Kirche und Schule, Geistlichkeit und Lehrer sollen auf dem Grunde des positiven Christenthums in friedlicher Eintracht zusammenwirken, damit die christliche, die deutschnationale Weltanschauung wieder in unserem Volke zur Herrschaft gelange, befreit von der Macht der rothen, der goldenen und der grauen Internationale, von welchen das Volk bis in das Mark seiner Knochen hinein vergiftet worden ist. Von diesem Standpunkte aus muß das ganze Deutschland das lebhafteste Interesse daran haben, daß in der Kommission über den Gesetzentwurf eine Verständigung erfolgt, welche die Gewähr der Annahme bietet. Gewiß ist dringend zu wünschen, daß im Einzelnen Aenderungen erfolgen. Insbesondere wäre es den ultramontanen Machtgelüsten gegenüber nothwendig, an der unbedingten Hoheit des Staates über die Volksschule festzuhalten. Ferner wird man dafür Sorge zu tragen haben, daß den Lehrern die zu ihrer Berufsfreudigkeit und zur gesunden Weiterentwickelung ihres Standes unerläßliche Selbstständigkeit gewahrt bleibe, welche durch einen etwas zu weit gehenden Einfluß der Geistlichkeit, wie er in einzelnen Bestimmungen des Entwurfs gegeben ist, in Frage gestellt werden könnte. Das neue preußische Volksschulgesetz ist geeignet, eine epochemachende That zu werden: nämlich der erneute Ausgangspunkt für eine streng christliche und zugleich deutschnationale Politik, welche unser Volksleben von den Wurzeln aus säubert und einer Gesundung zu Gunsten eines unverfälschten Christenthums oder was dasselbe ist, eines echten Deutschthums entgegenführt. Der übergroße Eifer, mit welchem die antichristliche und antinationale Presse das neue Gesetz anfeindet, ist gewiß der beste Beweis dafür, daß sich das Antichristenthum, insbesondere auch das Judenthum, in seinen innersten Lebensinteressen bedroht sieht.

Im Reichstage entspann sich vorgestern bei der Erhöhung des Fonds für geheime Ausgaben von 48,000 Mk. auf 500,000 Mk. eine lebhafte Debatte, in welcher der vielgenannte und vielgeschmähte Welfen- oder Reptilienfonds den Kernpunkt bildete. Nach zwei Richtungen hin schien auf allen Seiten des Hauses Einverständniß zu herrschen: zunächst darin, daß es unumgänglich nothwendig sei, der deutschen Reichsregierung für geheime Zwecke der auswärtigen Politik eine bestimmte Summe zur Verfügung zu stellen, und ferner darin, daß der weitaus größte Theil des geheimen Fonds fernerhin nicht mehr aus den Einkünften des Welfenfonds entnommen werden solle. Der Reichskanzler bestätigte, daß die preußische Regierung ernstlich mit einem Gesetzentwurfe beschäftigt sei, welcher für die Dauer der Beschlagnahme des Welfenfonds nähere Bestimmungen über die Verwendung der Zinsen dieses Vermögens treffen solle. Da die jüngst gepflogenen Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland, dem Oberhaupte der vormaligen hannover'schen Königsfamilie, gescheitert sind, so dürfte in der Vorlage, welche dem preußischen Landtage demnächst zugehen soll, eine anderweitige Verwendung der Einnahmen des auch fernerhin beschlagnahmten Vermögens vorgesehen werden. Bisher hatte der preußische Minister-Präsident allein und ausschließlich über die Einkünfte aus dem Welfenfonds zu verfügen. Die Verwaltung der 16 Millionen Thaler wurde in Hannover besorgt; nach Abzug der Verwaltungskosten wurden die gesammten Erträgnisse dem Chef des preußischen Ministeriums überwiesen. Dieser verwendete das Geld, wie er es nach seinem Gewissen und Rechtsgefühl für zweckmäßig hielt. Er erstattete alljährlich nur dem Könige darüber Rechenschaft und erhielt durch eine Cabinetsordre Decharge. Sobald er diese Ordre besaß, wurde sie als einziger Ausgabebeleg zu den Akten genommen und sämmtliche Einzelquittungen, Anweisungen und Verwendungsvermerke u. s. w. wurden verbrannt. Die Bötticher'sche Angelegenheit, welche seiner Zeit so viel Staub und so häßliche Diskussionen in der Presse aufgewirbelt, hat gezeigt, wie peinlich Erörterungen über die geheime Verwendungsart des Welfenfonds werden können. Anschuldigungen, aus dem Reptilienfonds gespeist worden zu sein, lassen sich nicht widerlegen, da ja alle Aufzeichnungen über die Verwendung der Gelder vernichtet werden. Im Interesse der öffentlichen Moral und des allgemeinen Rechtsbewußtseins liegt es daher nützlich, daß der bisherige Zustand eine Aenderung erfährt, so ungerechtfertigt auch der leiseste Zweifel an der bisherigen Verwendung ist, welche sicherlich nur im Sinne einer deutschnationalen Politik erfolgte. Gerade die reichstreuen Hannoveraner haben sich wiederholt für eine veränderte Verwaltung des Fonds ausgesprochen, weil der gegenwärtige Zustand nur der welfischen Agitation Wasser auf die Mühle liefere. Fortan werden vermuthlich die Zinsen nach Abzug der Verwaltungskosten und der für die Königin Marie sowie für deren Töchter bestimmten Jahresrenten als Einnahmen in den preußischen Staatshaushalt eingestellt und wohl vorwiegend zu gemeinnützigen Zwecken in der Provinz Hannover verwendet werden. Jedenfalls wird alsdann der häßliche Name „Reptilienfonds" und die damit vielfach verknüpfte Vorstellung von der Bildfläche verschwinden, als ob ein großer Theil der deutschen Zeitungen zu der schwarzen Art der „Reptilienblätter" gehöre. Es ist deshalb besonders für die anständige unabhängige deutsche Presse ein wahrer Segen, daß der Welfenfonds in seiner bisherigen Bedeutung aufhört. Die Annahme eines dahin zielenden Gesetzentwurfes im preußischen Abgeordnetenhause ist kaum zu bezweifeln, da die Conservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, vielleicht auch ein Theil des gouvernementalen Centrums dafür stimmen werden. Dagegen werden sich natürlich die Welfen erklären, welche der Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der hannoverschen Königsfamilie und dessen Auslieferung an den Herzog von Cumberland fordern. Zu einer bedingungslosen Aushändigung von fast 50 Millionen Mark an einen ausgesprochenen Gegner des Deutschen Reiches wird sich aber wohl die preußische Regierung kaum verstehen. Daß der jetzige Herzog von Cumberland die ihm gestellten Bedingungen niemals erfüllen wird, unterliegt keinem Zweifel. Andernfalls hätte er den jetzigen günstigen Zeitpunkt dazu benutzt. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. März.

Berlin. Reichstag. Das Haus ist wieder spärlich besetzt. Präsident v. Levetzow stellt in Aussicht, einige Tage die Sitzungen ausfallen zu lassen, damit die Abgeordneten Gelegenheit haben, ihre Geschäfte zu besorgen. Die Berathung des Etats des auswärtigen Amtes wird bei den Forderungen für Colonialzwecke fortgesetzt. Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika sind 2,500,000 Mk. eingestellt. Dieser Fonds, welchem die Rückeinnahmen an Verkaufserlösen wieder zufließen, ist übertragbar. — Abg. Dr. Bamberger (freis.): Je länger die Colonialpolitik dauere, desto mehr würden seine Freunde in der Gegnerschaft gegen dieselbe bestärkt. Aber sie müßten sich jetzt damit abfinden. Zu stürmischen Debatten liege also kein Anlaß vor. Seine Freunde beschränkten sich auf das bescheidene Verlangen, daß man für Ostafrika mit 1½ Millionen auskommen möge. Ostafrika habe fortgesetzt Enttäuschungen bereitet. So sei jetzt auch das Wißmann'sche Dampfer-Unternehmen in's Wasser gefallen, das bei einem fröhlichen Mahle in der Kaiserstadt beschlossen worden war. Von den Männern, die früher als die Stützen unseres Colonialunternehmens gepriesen wurden, sei nur noch einer im Colonialdienst, Dr. Peters. Emin Pascha sei verschwunden unter Umständen, die beweisen, wie wenig geeignet er für den deutschen Colonialdienst gewesen. Die Ernennung Wißmanns' durch v. Soden sei für die heutige maßvolle Colonialpolitik ein ganz gerechtfertigter Zug. Herr v. Soden scheine ein durchaus [illegible] Mann zu sein. Der Nutzen, den uns Ostafrika bringe, stehe in gar keinem Verhältniß zu den dafür gebrachten Opfern. Wie verschwindend sei unser Export nach Osten im Verhältniß zu Deutschlands Gesammt-Handel. Die Einnahmen Ostafrikas beruhten auf dem Zoll und da habe uns England einen Streich gespielt, indem es Sansibar zum Freihafen erklärte. Deutschland wende viel mehr für Ostafrika auf, als das reiche England. — Reichskanzler Graf v. Caprivi: Wißmann stehe noch heute im Dienste des Reiches, er werde hoffentlich früher oder später wieder im Colonialdienst thätig sein. Herr v. Soden sei seit Monaten der Gegenstand heftiger Angriffe des Herrn Eugen Wolff gewesen. Wolff sei aus Ostafrika ausgewiesen worden, aber nicht durch Herrn v. Soden, durch den [illegible]. Die Berechtigung zur Ausweisung sei zweifellos. Die Frage der [illegible] sei nach eingehender Erwägung bejaht worden. Die Colonie sei noch jung und sie befinde sich in der Reconvalescenz und diese Reconvalescenz müsse geschont werden. Die Colonie könnte durch einen begabten Mann, wie es Herr Wolff zu sein scheine, und in dessen Stellung, schwer geschädigt werden. Die Schlachtenbummler hätten ja nichts geschadet, ob aber Colonialbummler nichts schaden würden, möchte er nicht sagen. Herr Wolff habe anfangs mit einem gewissen Wohlwollen berichtet, bis die erste Niederlage kam. Da habe er angefangen, sich in übertriebenen pessimistischen Berichten zu ergehen. Die pessimistischen Nachrichten des Herrn Wolff hätten natürlich eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen, die sich indeß bald als völlig grundlos erwiesen habe. Daß Unzufriedenheit in Ostafrika herrsche, sei erklärlich. Die Araber seien unzufrieden, weil sie sich nicht in die neuen Verhältnisse gern fügten, die jungen Deutschen, die dorthin gekommen seien, um Abenteuer zu erleben, seien unzufrieden, weil die Regierung Abenteuer zu vermeiden sucht. Auf's Unangenehmste berühre die persönliche Art, in der Herr Wolff Herrn v. Soden angreife. Er habe ihn als einen geizigen Mann hingestellt, der für sich Gewinn und Wohlleben erstrebe. Herr v. Soden sei von Haus aus so gestellt, um jeden Augenblick den Reichsdienst quittiren zu können. Er sehe zu im Reichscolonialdienst. Er sei der beste und gewissenhafteste Beamte. (Bravo.) Der Reichskanzler verliest sodann den neuesten Bericht v. Soden's, wonach von einer allgemeinen Empörung keine Rede sein könne. Es kämen nur Raubzüge einzelner Stämme vor, auf welche dieselben ein natürliches Recht zu haben glaubten. Es handle sich dabei aber immer nur um Episoden, wie sie jede koloniale Entwickelung mit sich bringt. Das zu verfolgende System sei: allmähliches Vorrücken von Stationen von der Küste aus und Anlegung von Carawanenstraßen. Als Reichskanzler halte er sich für verpflichtet, dem Wohle des Ganzen den Einzelnen nachzusetzen. (Beifall). — Abg. Graf Arnim (Reichsp.) tritt den Ausführungen Bamberger's hinsichtlich der bisherigen materiellen Ergebnisse unserer Colonialpolitik, speziell in Ostafrika, entgegen. Man befinde sich noch immer in den Anfängen. Heute sei die Exportziffer noch gering, aber sie werde sich in wenigen Jahren steigern. Die Linke halte durch ihre pessimistischen Darstellungen die Verhältnisse unserer Schutzgebiete und deren Entwickelung auf. Was die Verwaltung anlange, so dürfe dieselbe nicht zu scharf sein. An die Stelle der jetzigen Schutztruppe werde es sich in Zukunft vielleicht empfehlen, eine Polizeitruppe zu setzen und Weiße dafür anzuwerben. Dr. Peters würde wahrscheinlich wieder eine größere Rolle übernehmen, als er jetzt habe. Die Wißmann'sche Dampferexpedition sei eine Privatangelegenheit, die den Reichstag nicht berühre. Die Meinung Bamberger's über die Colonialpolitik werde im Lande nicht getheilt. — Abg. Graf Hoensbroech (Centr.) spricht seine Anerkennung über den Schutz aus, den die Regierung den Missionen zu Theil werden lasse. Die Missionare, das werde jetzt allgemein anerkannt, seien die Pioniere der Cultur. Bedauerlich sei, daß es einzelnen katholischen Missionen noch immer unmöglich gemacht sei, sich in Deutschland selbst niederzulassen. Redner wendet sich ferner gegen die Schnapseinfuhr in den Colonien. — Geh. Rath Kayser: Die kaiserliche Regierung stimme hinsichtlich der Nothwendigkeit des Schutzes der Missionen und der Bekämpfung des Branntweinunfugs völlig damit überein. Es geschehe auch Alles, um dem Branntweinen, die bis jetzt in Ostafrika noch nicht herrsche, den Eingang dauernd abzuschneiden. Von einer Invasion unseres Gebietes durch englische Mission ic., welche behauptet worden, ist der Regierung nichts bekannt. Der ostafrikanische Handel sei keineswegs geringfügig und er sei im steten Steigen begriffen. — Abg. Dr. Hammacher (natlib.) wendet sich gleichfalls gegen die Unterschätzung der wirthschaftlichen Bedeutung unseres ostafrikanischen Schutzgebietes und warnt vor einer Verminderung der eingestellten Summe. — Abg. Dr. Barth (freis.) erklärt die Ausweisung Wolff's für prinzipiell bedenklich. Wolff's Kritik möge wenig objektiv gewesen sein, rechtlich sei seine Ausweisung keinesfalls gewesen. Man habe ihn damit zu einem bekannten Manne gemacht und er sei heute wahrscheinlich unbequemer als er gewesen wäre, wenn man ihn in Ruhe gelassen hätte. Man sei heute viel zu empfindlich gegenüber der Kritik. Was die wirthschaftlichen Ergebnisse anlange, so sei die Kultur exotischer Nutzpflanzen sehr prekär. Seine Freunde hätten der Colonialpolitik von jeher skeptisch gegenübergestanden und betrachteten das als einen Ehrentitel. — Abg. Graf Mirbach (kons.) drückt seine Befriedigung darüber aus, daß die Ausweisung des Herrn Wolff rechtlich nicht anfechtbar sei. Der Import und Export allein sei nicht maßgebend für den Nutzen, den eine Colonie dem Mutterlande gewähre. Eine Anzahl tüchtiger Kräfte, die sonst dem Vaterlande verloren wären, würden demselben durch die Colonialpolitik erhalten. Für die Handarbeiter fehle es nicht an Arbeitsgelegenheit, aber es sei eine Ueberproduktion an Gebildeten vorhanden. — Abg. Rickert (freis.): Die Colonialpolitik sei nur geeignet, die Macht des Reiches zu schwächen. Man möge sich doch nicht auf die Sklavenbefreiung berufen. Zu dem Zweck wurden nur 54,000 Mk. von den 2½ Millionen Mark verwendet. Die Bestrafung Wolff's, der lediglich aus patriotischem Interesse und in kolonialpolitischem Uebereifer nach Ostafrika gegangen sei, hätte in anderen Formen erfolgen müssen. Leider wachse heute die Empfindlichkeit an der Kritik wie die sich progressiv steigernde Zahl der Prozesse beweise. Das sei tief bedauerlich. Im konstitutionellen Staate müsse man mit den Wohlthaten der Kritik auch deren Unbequemlichkeiten mit in den Kauf nehmen. Er halte die Ausweisung Wolff's nicht für nützlich. — Reichskanzler Graf v. Caprivi: Wenn Wolff aus Patriotismus gehandelt, so sei das mißverstandener Patriotismus gewesen. Von Empfindlichkeit könne keine Rede sein, denn ihm sei doch Nichts geschehen. Er habe lediglich im Interesse des Reiches gehandelt, so wie er es verstehe. Er sei für seinen Theil für die Kritik völlig unempfindlich. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) legt dar, daß mit der für Sklavenbefreiung aufgewendeten Summe doch nicht die für die Bekämpfung der Sklaverei überhaupt verwendeten Mittel erschöpft seien. Die Gegner der Colonialpolitik hätten ihren Rückhalt im Philisterthum, das man gruselig mache, indem man sage, das koste Geld. Zum Glück bestehe Deutschland nicht blos aus Philistern. — Die Forderung von 2 Millionen für Ostafrika wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. — Montag: Weiterberathung des Etat [illegible], Interpellation Stauffenberg. Präsident v. Levetzow theilt auf eine Anfrage mit, daß er Mitte nächster Woche eine Pause eintreten zu lassen gedenke.

Berlin. General Graf von Brandenburg II., Generaladjutant Kaiser Wilhelm I., ist an der Lungenentzündung erkrankt. — Der Rücktritt v. Bennigsen's als Oberpräsident von Hannover wird wieder als bevorstehend gemeldet. Als Nachfolger werden Minister v. Boetticher und Landesdirektor v. Hammerstein genannt. — Es wird bestätigt, daß Dr. Peters in Tanga an der Malaria erkrankt ist. — Gestern Abend wurde hier gegen eine Handelsfrau in deren Laden ein Raubmordversuch begangen. Der Thäter ist noch unermittelt.

Leipzig. Gegen 100 Arbeiter hatten sich heute um 9 Uhr in der Vorstadt Schönefeld zusammengefunden und wurden von der Polizei zersprengt. Auf dem Marktplatz in Leipzig fanden sich die Leute abermals zusammen und hier wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Der Markt, die Petersstraße und die angrenzenden Straßen sind jetzt überall mit Doppelposten von Schutzleuten besetzt.

* Darmstadt. Die „Darmstädter Zeitung" veröffentlicht ein Bulletin durch Extrablatt, wonach das Befinden des Großherzogs sich im Laufe des Tages insofern verschlimmerte, als das Bewußtsein etwas getrübt und ein Athmungsphänomen sich eingestellt hat, welches zu ernsten Befürchtungen Veranlassung giebt.

Lübeck. Westlich von Dagerort sitzen zwei Dampfer, ein Zwei- und Dreimaster, im Eise fest. Um die Mannschaft und die Ladung derselben herrscht große Besorgniß.

Köln. Der „Köln. Volksztg." zufolge beschlossen die schottischen Kohlenbergleute nicht zu feiern, sondern die Kündigung zurück zu nehmen.

Spremberg. Wegen vieler Jahre hindurch verübter Unterschlagungen von Consumvereinsgeldern ward der Consumverwalter Adalbert Schön verhaftet. Das Defizit ist sehr groß. Ueber Schön's Vermögen ist der Concurs eröffnet.

München. Die Münchner Handelskammer erklärte sich für die Abhaltung einer Weltausstellung in Berlin im Jahre 1896 beziehentlich 1897, doch nicht später.

* Pest. Der Abgeordnete Graf Stefan Csaky, Sohn des Unterrichtsministers, erschoß sich heute Nachmittags im Hause seiner Eltern. Das Motiv ist unbekannt.

Wien. In dem galizischen Grenzorte Mielnica sollten zwei über die Grenze gekommene russische Soldaten wegen Belästigung einer Hochzeitsgesellschaft verhaftet werden. Die Russen griffen

„Hotel Fürst Bismarck"
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.